

Friedemann Däblitz

Rechtsanwalt

RA Friedemann Däblitz, Hermannstraße 22, 20095 Hamburg

An die
Staatsanwaltschaft München II
Abteilung I: Politische Strafsachen und Pressestrafsachen
Arnulfstraße 16-18
80335 München

per beA

Aktenzeichen

Unser Zeichen
0118/22

Ort, Datum
Hamburg, den 01.09.2022

Strafanzeige gegen Unbekannt

wegen aller in Betracht kommender Straftatbestände, insbesondere wegen

- Art. 20 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Art. 8 Abs. 2 Nr. 1 BayVersG

- § 223 StGB u.A.

letzterer auch wegen Versuchs

die sich aus folgendem Geschehen ergeben:

In einem Durchsuchungsbeschluss zu Lasten des Rechtsanwalts Markus Haintz bestätigt das Amtsgericht München folgende taktische Diskussion des Polizeipräsidiums München:

- der Polizei München ging es im Januar 2021 NICHT darum, Gefahren für Leib & Leben durch Drängen auf Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen abzuwehren

- es ging darum - faktisch unter Inkaufnahme von Gefahren für Leib & Leben - einen Vorwand für ein Verbot zu schaffen

- die Polizei München sollte Menschen in Leib- und Lebensgefahr bringen, damit sie Versammlungen, die eigentlich hätten stattfinden können, in den Augen der Öffentlichkeit hätte (scheinbar) zu Recht verbieten können.

Diese Hinweise auf eine zumindest versuchte Vereitelung friedlichen Demonstrationsgeschehens seitens des Polizeipräsidiums München geben m.E. Anlass für weitere strafrechtliche Ermittlungen wegen:

a) Verstoßes gegen Art. 20 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Art. 8 Abs. 2 Nr. 1 BayVersG

Diese Vorschrift stellt vereinfacht gesagt ein Verhalten unter Strafe, das darauf abzielt, Versammlungen zu vereiteln, indem grobe Störungen verursacht werden. Es mag nach vorliegender Dokumentation nicht dazu gekommen sein, weil die untere Führung vor Ort aus Unkenntnis nicht mitgespielt hat. Klar ist jedoch, wie das Polizeipräsidium München tickt. Es erscheint naheliegend, dass weitere Versuche unternommen wurden und erfolgreich waren.

b) Verstoß gegen §§ 223 Abs 1, 2 i.V.m. § 23 Abs 1 StGB (versuchte Körperverletzung). Die Provokationen eines Auflösungsgrundes durch einen unbeschränkten Zulauf von Versammlungsteilnehmern hätte in den Augen der oberen Polizeiführung zu Gesundheitsgefahren führen sollen und damit Gesundheitsschädigungen einer nicht begrenzten Zahl von Personen, bis hin zum Tod, verursachen können. Anscheinend nahm die obere Polizeiführung in München diese Folgen zumindest billigend in Kauf.

Ich bitte um Eingangsbestätigung und Mitteilung des Aktenzeichens, ferner um Mitteilung des Ermittlungsergebnisses.

Anlagen:

Durchsuchungsbeschluss aus dem Kanal von Markus Haintz, abrufbar unter:
<https://t.me/Haintz/27764>

Leak aus dem Kanal von Markus Haintz, der laut Durchsuchungsbeschluss die taktische Diskussion des Polizeipräsidiums München wiedergibt, abrufbar unter
<https://t.me/Haintz/4658>

Friedemann Däblitz

Rechtsanwalt